



Kommentar

Ein konkreter Beitrag zum Frieden

Alexia Tsouni ist Präsidentin des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung

Alexia Tsouni

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) ist Teil der #ObjectWarCampaign. Gemeinsam fordern wir Schutz und Asyl für alle Deserteur*innen und Kriegsdienstverweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Wir verurteilen den russischen Einmarsch in die Ukraine aufs Schärfste und fordern alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte, darunter auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, strikt einzuhalten. Die Zivilbevölkerung muss geschützt werden.

Den Krieg verweigern

Die deutsche Bundesregierung will Deutschland wieder „kriegstüchtig“ machen. Jeden Tag wird darüber diskutiert, welche Waffen nun an die Ukraine geliefert werden sollen, um den „Sieg“ gegen Russland zu erringen. Es wird die Wiedereinführung der Militärdienstpflicht in Deutschland gefordert. Und verschiedene Politiker*innen in Europa sprechen davon, dass die NATO in der Ukraine eingreifen sollte. Es droht eine weitere Eskalation mit unkalkulierbaren Folgen. Nur wenige Stimmen finden Gehör, die ein Ende der Kämpfe und Verhandlungen einfordern. Seit dem verheerenden Angriff der Hamas und dem anschließenden Kriegseinsatz Israels im Gazastreifen ist auch dieser Krieg tagtäglich in den Medien. Wurde hier zunächst die israelische Regierung unter Netanjahu von der deutschen Bundesregierung vorbehaltlos unterstützt, so klingt dies inzwischen verhaltener. Die Einhaltung der Menschenrechte wird eingefordert, Waffen werden trotzdem geliefert. Dabei können wir tagtäglich in den Nachrichten sehen, dass ein Krieg immer bedeutet, dass Gewalt herrscht, Menschenrechte nichts mehr gelten. Diese Kriege, so sehr sie auch die Nachrichten bestimmen, sind längst nicht die einzigen. Die Türkei setzt immer wieder Militär in den benachbarten Staaten in

den kurdischen Gebieten ein. Die Lage zwischen Armenien und Aserbaidschan ist weiter angespannt. Im Sudan, Jemen, DR Kongo und Myanmar herrschen Kriege, die den anderen in Bezug auf Zahlen der Opfer und Grausamkeit um nichts nachstehen. Sie finden nur weniger öffentliche Beachtung. Wenn es eine Berichterstattung in den Medien gibt, dann konzentriert sich diese in aller Regel auf den Kriegsverlauf. Strategien der verschiedenen Seiten werden diskutiert, Waffensysteme in ihrer Kampfkraft bewertet, Allianzen beschworen, Freund und Feind definiert – und dann wird auch über die Opfer berichtet, gerne über die der eigenen Seite. Es ist eine Kriegsagenda, die schleichend die Sprache militarisiert, die nur noch im Schema von Freund und Feind spricht. Da erscheinen alle anderen Vorschläge als völlig absurd. Kaum beachtet und gering geschätzt wird der so wichtige Widerstand gegen einen Krieg in dem jeweiligen Land. Dabei haben sich Hunderttausende in den verschiedenen Ländern klar positioniert. Sie

verweigern sich dem Einsatz im Krieg, sind im eigenen Land untergetaucht oder in benachbarte Länder geflohen. Ihre Handlung, so individuell sie auch begründet wird, ist immer auch ein politischer Akt gegen das militärische System. Es sind Menschen, die keine anderen

gar die Todesstrafe. In Israel werden Kriegsdienstverweiger*innen immer wieder zu Haftstrafen verurteilt. Die Türkei erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung grundsätzlich nicht an. Wer angesichts dieser Situation auf Schutz in Deutschland oder der Europäischen

15. Mai: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

Menschen töten und auch nicht in einem Krieg sterben wollen. Andere lehnen die Kriegspolitik entschieden ab. Soldat*innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Ihnen allen drohen Repression und Gefängnisstrafen. Aber: Kriegsdienstverweigerung ist ein international anerkanntes Menschenrecht! Nur wenige gehen mit ihrer Entscheidung an die Öffentlichkeit. Ein Grund dafür ist, dass ihnen in ihren Ländern Strafverfahren und Verfolgung drohen. In der Ukraine wurden Verweiger*innen zu Haftstrafen zwischen einem und vier Jahren verurteilt, in Russland von bis zu 13 Jahren. In Belarus droht Deserteur*innen so-

Union hofft, sieht sich bitter enttäuscht. Obwohl Politiker*innen Schutz für russische Verweiger*innen versprochen haben, werden diese in Asylverfahren in der Regel abgelehnt, besonders wenn sie frühzeitig vor einer Einberufung geflohen sind. Mehr denn je fordern wir Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen. Die Verweigerung des Kriegsdienstes kann eine Strategie des Widerstands sein. Kriegsdienstverweiger*innen erinnern uns an das Recht auf Selbstbestimmung und machen Mut, sich der Rekrutierung für und der Beteiligung an Kriegen zu widersetzen.

Connection e.V.



Wir fordern alle Staaten auf, sich für den Frieden statt für den Krieg einzusetzen und den Krieg durch einen sofortige Waffenstillstand zu beenden, der Raum für Verhandlungen und Diplomatie lässt. Auch die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft müssen auf Diplomatie und Verhandlungen statt auf Waffen und Militarismus setzen. Der Frieden ist die einzige Lösung. Als Teil unserer Arbeit unterstützen wir verschiedene Initiativen, so den von der russischen Bewegung für Kriegsdienstverweigerung initiierten Appell zum internationalen Schutz russischer Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen. Wir fordern die Einstellung aller Verfahren gegen Yuriy Sheliazhenko, Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, sowie gegen alle ukrainischen Kriegsdienstverweigerer. Wir unterstützen die Kampagne #protection4olga, damit Olga Karatch, Leiterin der belarussischen Organisation Nash Dom, in Litauen Asyl erhält. Nicht zuletzt sind wir solidarisch mit israelischen Kriegsdienstverweiger*innen, die sich gegen den Krieg in Palästina wenden und inhaftiert werden. Kriegsdienstverweigerung ist ein konkreter Akt der Ablehnung von Krieg und Gewalt, ein konkreter Beitrag zum Frieden und zu universellen menschlichen Werten. Kriegsdienstverweiger*innen setzen sich entschlossen und konsequent für den Frieden ein, selbst wenn sie selbst diskriminiert, angegriffen, verfolgt und inhaftiert werden. Sie sind Friedensstifter*innen, die Hoffnung auf eine bessere Welt und eine tiefe Inspiration für uns alle!

Mach mit #RefuseWar

Krieg wird immer mehr zu einer tödlichen Bedrohung. Doch wo es Krieg gibt, gibt es Menschen, die gegen Krieg protestieren und ihren Willen zum Frieden zum Ausdruck bringen. Mach mit! Anlässlich des Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerung, am 15. Mai 2024, starten wir eine neue Aktion: Mit öffentlichen Verweigerungs- und Solidaritätserklärungen wollen wir nicht nur auf die schrecklichen Folgen von Kriegen aufmerksam machen, sondern uns entschieden gegen Militarismus, Kriegsdienst und Kriegsvorbereitung aussprechen. Wir wollen diejenigen unterstützen, die sich gegen die Kriege in der Ukraine, in Israel/Palästina und weltweit engagieren und die Stimmen derer verstärken, die von der zunehmenden

den Militarisierung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft betroffen sind.

Wie kannst Du mitmachen?

Wir laden Dich ein, Dich an dieser weltweiten Aktion zu beteiligen, indem Du Deine eigene Erklärung verfasst. Hierfür gibt es zur Orientierung eine Vorlage:

„Ich verweigere ...
Ich setze mich ein für ...“.

Mehr Infos zu unserer Aktion findest Du bei Connection e.V.



www.Connection-eV.org/RefuseWar



Berlin 2018. Foto: Henrik Hägel



#ObjectWarCampaign vor Ort - Ein Reisebericht

Rudi Friedrich, Geschäftsführer von Connection e.V., traf sich im März in Berlin und Köln mit verschiedenen russischen, belarussischen und ukrainischen Verweiger*innen und Friedensaktivist*innen.

Abgelehnt

Berlin zeigt sich an diesem Wochenende Ende März trist. Es nieselt vor sich hin. Am Hackeschen Markt treffe ich Nikolai

ge die für eine Verfolgung sprechenden Tatsachen die dagegen sprechenden Tatsachen überwiegen müssen. Im Zweifel haben die Betroffenen dies auch noch selber nachzuweisen. Und so wird in dem Bescheid von Nikolai seitenweise ausgeführt, warum er jetzt ganz bestimmt nicht mit einer Einberufung rechnen müsse. Das ist mindestens zynisch, denn es beruht allein auf einer spröden Quellenlage, die mit Wahrscheinlichkeiten argumentiert. Und eine Einberufung ausschließen

und Polen, die russischen Oppositionellen humanitäre Visa und einen Aufenthalt ausstellen. Das sei eine wirklich große Unterstützung. Zugleich berichtet er von einem Treffen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die mit Bedauern zur Kenntnis nehmen mussten, dass deutsche Behörden russischen Oppositionellen dann in der Umsetzung Steine in den Weg legen. Humanitäre Visa werden erteilt, aber Aufenthaltstitel werden nur widerwillig gewährt und auch nicht mit

schen Bewegung bei uns. Er konnte nur online dabei sein, weil die Ausreisebeschränkungen der Ukraine für Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren auch für ihn gelten. Er berichtete über die aktuellen Angriffe des russischen Militärs auch in Kiew, wo er arbeitet. „Ich kann diesen Tag heute leider nicht feiern. Die Ukraine wird angegriffen, ukrainische Städte brennen, Menschen sterben. Wenn dieser Schrecken vorbei ist, wenn die Massenmörder in Uniform gestoppt werden, wenn es Verhandlungen gibt, dann gibt es etwas zu feiern.“ Das International Peace Bureau hatte die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung

Jewgenij Arefiev, russischer Militärdienstentzieher und aktiv in der DFG-VK, gemeinsam eine Rede in Köln. Andrii hob dort seinen Wunsch nach Dialog hervor: „Wir haben die Pflicht, die Politik der Spaltung in ‚wir‘ und ‚die‘ abzulehnen, die andere Seite nicht als Feind zu brandmarken und die Rückkehr zum Dialog zu fordern. Zu einem Dialog, der es ermöglicht, den Vormarsch der extremen politischen Kräfte in Russland und in der Ukraine aber auch in Israel, in Europa und in den USA zu stoppen.“

Dafür setzten die beiden in Köln ein Zeichen: „Hiermit schließen wir unseren Friedensvertrag! Frieden heißt nicht nur

Russland, Belarus und Ukraine: Schutz und Asyl bei Kriegsdienstverweigerung und Desertion!

Goriachev, der mich freudig begrüßt. Der 37-jährige kam nach der Teilmobilmachung in Russland Anfang 2023 über Georgien nach Deutschland und beantragte Asyl. Ein Jahr später berichtete er in der Anhörung, dass er in Russland bereits seit über zehn Jahren politisch aktiv gewesen sei, insbesondere zur Unterstützung der Wahlkampagne für den kürzlich in der Haft verstorbenen Alexei Nawalny. Die Situation sei immer schwieriger geworden.

kann das Bundesamt natürlich nicht.

Gemeinsam gegen Krieg

Abends findet beim International Peace Bureau in Berlin eine Preisverleihung statt, zu der ich als Laudator geladen bin. Ausgezeichnet mit dem Seán MacBride Friedenspreis werden unter anderem drei Organisationen, die sich seit Kriegsbeginn sehr verdient gemacht haben in der Unterstützung von

einer Dauer von zwei Jahren. Da sind die anderen Ländern schon weiter. Und grundsätzlich: All diese Regelungen gelten nicht für Kriegsdienstverweiger*innen. Sie erhalten diesen Schutz nicht. „Das muss unbedingt geändert werden“, so Saša Belik.

Und er spricht dabei von mehr als 10.000, die in der Europäischen Union Schutz suchen, aber auch von mehr als 250.000, die vor der Rekrutierung aus Russland geflohen sind und seit vielen Monaten unter prekären Situation in südlichen Anrainerstaaten leben müssen. In vielen Ländern sind sie von Abschiebung bedroht. Olga Karatch von der belarussischen Organisation Nash Dom schilderte in bewegenden Worten, wie sie mit ihrer Menschenrechtsorganisation zur Arbeit zur Kriegsdienstverweigerung gekommen sind. „Es war uns klar, dass wir verhindern müssen, dass Belarus mit in den Krieg eintritt. Ein Hebel dafür ist, die belarussischen Männer zur Verweigerung aufzurufen.“ Sie starteten die Kampagne „Nein heißt Nein“ und konnten so Zehntausende davon abhalten, den Rekrutierungen zu folgen. Das ist ganz sicher ein Grund, warum Belarus bislang nicht offen Truppen in die Ukraine geschickt hat. Sie erlebt aber auch, dass belarussische Kriegsdienstverweiger*innen in Litauen in den Asylverfahren abgelehnt werden, weil sie eine „Gefährdung der staatlichen Sicherheit“ Litauens seien. Kriegsdienstverweigerung und Desertion – wie auch die Unterstützung dafür – werden als Ungehorsam gegenüber militärischen Erfordernissen verstanden und denunziert. Das drückt sich auch in solchen Entscheidungen aus.

Und schließlich war auch noch Yuri She-liazhenko von der Ukrainischen Pazifisti-



Andrii Konovalov. Foto: Rudi Friedrich

Russland, die belarussische Organisation Nash Dom und die Ukrainische Pazifistische Bewegung gemeinsam für den Friedensnobelpreis 2024 vorgeschlagen. Allein der Vorschlag ist ein Zeichen, um deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dass es Menschen gibt – auf welcher Seite auch immer – die sich nicht dem Diktat des Militärs unterordnen und abseits des Militärischen, des Kampfes, des Krieges, Optionen für sich und andere suchen. Sie sind Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie.

Dialog fördern

Am nächsten Tag fahre ich nach Köln. Hier treffe ich eine Gruppe von ukrainischen Kriegsdienstverweiger*innen. Andrii Konovalov, der als Student in Köln lebt, berichtet mir von der Facebookseite der UAS, der Ukrainischen Student*innen Vereinigung. Dort gibt es Dutzende von Kommentaren, die zugleich Anfragen von Studierenden sind: „Wie kann ich das Land verlassen, um der Rekrutierung in den Krieg zu entgehen?“ Studierende werden zurückgestellt, aber danach droht ihnen eine Einberufung.

Nach unserer Schätzung gibt es mehr als 325.000 Militärdienstpflichtige, die die Ukraine in Richtung Westeuropa verlassen haben. In der Europäischen Union erhalten sie wie alle anderen ukrainischen Staatsbürger*innen einen befristeten humanitären Aufenthalt. Sie stimmen mit den Füßen ab, gegen die Kriegsbeteiligung. Aber es ergeht ihnen wie den Studierenden. Ihre Entscheidung, ihre Fragen werden nicht gehört oder sogar kriminalisiert. Zu Beginn des Krieges hatte die Ukraine das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt. Seitdem werden Verweiger*innen in der Regel zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Sehr bemerkenswert ist der Wunsch der ukrainischen Gruppe, gemeinsam mit russischen Verweiger*innen aktiv zu werden. Zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns hielten Andrii Konovalov und

„MIR“ auf Russisch und Ukrainisch, sondern auch Welt! Frieden der Welt!“

Noch eine Ablehnung

Wie weit die Denunzierung von Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen geht, erfahre ich kurz nach der Rückkehr nach Offenbach/M. Ein weiterer ablehnender Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu einem russischen Geflüchteten wurde uns zugestellt. Und ich kann kaum glauben, was ich da lese: „Der vom Antragsteller vorgelegte Einberufungsbefehl vermag – gerade im Hinblick auf den unter russischen Asylbewerbern weit verbreiteten Gebrauch gefälschter Unterlagen und Dokumente – nicht zu überzeugen.“ Es scheint die Überzeugung vorzuherrschen, dass Deserteur*innen und Verweiger*innen grundsätzlich kriminell handeln. Da ist das Bundesamt für Migration schnell mit einer Ablehnung bei der Hand. Eine Ablehnung ist damit verbunden, die betroffene Person zur Ausreise aufzufordern. In letzter Konsequenz bedeutet das, dass deutsche Behörden russische Verweiger*innen dem russischen Militär zur Rekrutierung in einen völkerrechtswidrigen Krieg ausliefern werden.

Hoffnung und Dank

Aber es erreichen mich auch positive und erfreuliche Nachrichten. Eine Gruppe aus Braunschweig schreibt: „Über eine Sendung im Fernsehen habe ich von Ihrer Arbeit erfahren. Einfach großartig, was Sie machen, was Sie für die Menschen, die nicht Teil eines Aggressionskrieges sein wollen, leisten!“

Da können wir nur Danke sagen, wie auch den vielen anderen Gruppen und Organisationen, die sich europaweit für die Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen im Rahmen der #ObjectWar-Campaign einsetzen.

www.objectwarcampaign.org



Nikolai Goriachev. Foto: Rudi Friedrich

Und obwohl er keinen Militärdienst geleistet habe und somit auch kein Reservist ist, hätte er während der Teilmobilmachung einberufen werden können. „Die Gerüchte begannen sich zu verbreiten und die Behörden sagten: ‚Nein, nein, nein, wir werden niemanden für den Krieg mobilisieren‘. Aber wenn sie das sagen, dann ist das tatsächlich ein Ja.“ Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lehnte den Antrag wenige Wochen später ab. Seine Ausführungen zu den politischen Aktivitäten seien zu vage. Es liege auch kein Nachweis über Strafverfahren vor. Und als eine Person, die bislang noch nicht einberufen worden sei, drohe ihm schließlich nur eine Einberufung zum normalen Militärdienst und damit kein Einsatz an der Front.

Nikolai ist nicht der Einzige, der mit solch einer Vorgeschichte vom Bundesamt abgelehnt wurde. Er hatte Hoffnung auf die Aussage insbesondere von Bundeskanzler Scholz gesetzt, der sich im September 2022 dafür aussprach, Russ*innen Schutz anzubieten, die sich der Einberufung verweigern. „Ich dachte, dass Worte tatsächlich etwas bedeuten“, sagt Nikolai dazu, „dass es nicht nur eine populistische Propaganda ist. Das ist wirklich enttäuschend.“

In den Ablehnungsbescheiden taucht immer wieder der Begriff der „beachtlichen Wahrscheinlichkeit“ auf. Das ist eine höchstrichterlicher Definition, der zufol-

Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und Ukraine. Allein, dass Aktivist*innen aus diesen drei Ländern zusammenkommen und gemeinsam eine Veranstaltung bestreiten, ist ein wichtiges Zeichen, angesichts der Propaganda auf allen Seiten des Krieges, die die jeweils andere Seite als Feind denunziert. Den Abend in Berlin verbringen wir gemeinsam.

Saša Belik von der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung Russland lobt in seiner Rede den Beitrag einiger EU-Länder wie Deutschland, Frankreich, Litauen



Team von IPB mit Preisrägigen. Foto: Rudi Friedrich



Israelische Kriegsdienstverweigerin im Gefängnis

Sofia Orr erklärt, warum sie trotz des harten Vorgehens gegen Kriegsgegner*innen in Israel nie von ihrer Entscheidung abgewichen ist.

(26.02.2024) Am Sonntagmorgen erschien die 18-jährige israelische Kriegsdienstverweigerin Sofia Orr im Rekrutierungszentrum der Armee in der Nähe von Tel Aviv und erklärte, dass sie sich aus Protest gegen den Krieg im Gazastreifen und die langjährige Besatzung weigere, den Militärdienst anzutreten. Sie ist seit dem 7. Oktober die zweite Person, die öffentlich die Einberufung aus politischen Gründen verweigert – nach Tal Mitnick, der dies im Dezember tat. Sofia Orr wurde zu einer ersten 20-tägigen Haftstrafe im Militärgefängnis Neve Tzedek verurteilt, die wahrscheinlich verlängert werden wird, wenn sie sich weiterhin weigert. „Die derzeitige Atmosphäre ist viel gewalttätiger [als zuvor]. Es ist jetzt besonders wichtig, die Stimme zum Widerstand zu erheben“, sagte sie in einem Interview

zu verweigern. Sie verstehen das als Teil eines umfassenderen Protests gegen die Bemühungen der rechtsextremen israelischen Regierung, die Macht der Justiz einzuschränken. Angesichts der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit den Angriff der Armee auf den Gazastreifen nach dem 7. Oktober unterstützt und Aktivist*innen, die gegen den Krieg protestieren, mit massiver polizeilicher Repression und Verfolgung konfrontiert sind, steht für Kriegsdienstverweiger*innen viel auf dem Spiel. Im folgenden gekürzten Interview erklärt Orr, warum sie bei ihrer Entscheidung geblieben ist.

Warum haben Sie sich dazu entschlossen, den Militärdienst zu verweigern?

Ich habe mich immer mehr den Menschen als den Staaten verpflichtet gefühlt. [Meine Ablehnung des Militärdienstes] wurde mir klar, als ich etwa 15 war und begann, mir Fragen zu stellen: Wem würde ich mit meinem Militärdienst dienen

nem engsten Umfeld, aber ich habe sowohl von Freund*innen als auch von Verwandten Reaktionen erhalten, die nicht einfach waren. Viel schlimmer wurde es nach dem 7. Oktober mit der Welle der „Desillusionierten“ – Menschen, die vor dem 7. Oktober an die Möglichkeit einer Lösung glaubten und danach die Hoffnung verloren. Doch der 7. Oktober hat nur bewiesen, dass eine politische Lösung notwendig ist, da die Gewalt sonst nie endet.

In der israelischen Gesellschaft gibt es ein noch nie dagewesenes Verlangen nach Rache. Sehen Sie Ihre Verweigerung als Versuch, die Öffentlichkeit zu überzeugen, oder als eine deklamatorische Aktion angesichts dieser Welle?

Es ist wichtig für mich, dies zu tun, auch wenn ich niemanden überzeugen kann. Es ist das Richtige. Aber ich weiß nicht, ob ich ohne die Hoffnung, dass die Leute zuhören können und es noch Raum für Gespräche gibt, an die Öffentlichkeit gegangen wäre. Es ist sehr wichtig, die israelische Gesellschaft zu erreichen, besonders junge Leute in meiner Situation, und ihnen zu zeigen, warum ich mich für eine Verweigerung entschieden habe.

Haben Sie Freund*innen oder Bekannte, die derzeit in Gaza dienen?

Innerhalb von Gaza – nein. Aber ich habe viele Freund*innen, die in der Armee sind oder gedient haben. Ich wünsche mir auch für sie das Beste. Ich möchte, dass der Staat keine Soldat*innen mehr in den Tod schickt. Ich möchte, dass sie ein normales Leben führen können – aber sie sehen das anders.

Haben Begegnungen mit Palästinenser*innen zu Ihrer Entscheidung beigetragen?

Meine Ansichten waren bereits relativ gefestigt, bevor ich anfing, Palästinenser*innen zu treffen, aber sie wurden dadurch greifbarer: Ich habe Menschen getroffen, die ich von klein auf als Feind*innen kennenlernt habe und habe gesehen, dass sie ganz normale Menschen sind, die ihr Leben genauso leben möchten wie ich. Es gibt ein Problem der Entmenschlichung und da sind solche Begegnungen wirklich wichtig. In dem Moment, in dem man aufhört zu glauben, dass Palästinenser*innen Menschen sind, ist es einfacher, sie ohne zu überlegen zu töten.

Haben Sie Bedenken, ins Gefängnis zu gehen, vor allem in der derzeitigen Situation?

Ja, zweifelsohne. Die derzeitige Atmosphäre richtet sich viel gewalttätiger und extremer gegen meine Überzeugungen und meine Entscheidung. Es versteht sich von selbst, dass ich sowohl vor der Gefängnisstrafe als auch vor den Reaktionen anderer Angst habe. Aber genau deshalb ist es für mich in diesen Zeiten wichtig, meine Stimme des Widerstands und der Solidarität zu erheben und nicht tatenlos zuzusehen.

www.Connection-eV.org/Mesarvot

Artikel von Oren Ziv, veröffentlicht in Hebräisch in Local Call und Englisch im Magazin +972. Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck. Foto: Oren Ziv. www.972mag.com/sofia-orr-conscientious-objector-israeli-army/.

Von der Vision eines gerechten Friedens

Der Saal in Frankfurt/M. ist gut gefüllt an diesem Abend im Februar 2024. Wir erwarten Osama Eliwat und Rotem Lewin von den Combatants for Peace (CFP), den Kämpfer*innen für den Frieden.

Es ist eine Organisation, in der sich ehemalige israelische Soldat*innen und ehemalige militante Palästinenser*innen gemeinsam organisieren. Sie haben der Gewalt abgeschworen und treten nun zusammen ein für Dialog, Frieden und eine Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinenser*innen. Der Abend beginnt mit den Lebensgeschichten der beiden.

Rotem Lewin, ein jüdischer Israeli aus einem kleinen Ort nördlich von Tel Aviv berichtet, wie er aufgewachsen ist: „Wir lebten getrennt, Jüd*innen und Palästinenser*innen. Ich hörte von ihnen in der Schule, in den Nachrichten, im Fernseh-

schreckliche Angst um meinen Vater, der der Held meines Lebens war. Und ich spürte, wie diese Angst in Hass umschlug.“ Mit 15 Jahren wird Osama selbst inhaftiert, weil er eine palästinensische Flagge gehisst hatte, was damals noch verboten war.

Mit dem Oslo-Abkommen schöpfte er Hoffnung auf ein Ende des Konflikts und auf einen eigenen palästinensischen Staat. „Ich mochte die Idee des Oslo-Abkommens und trat in die palästinensische Polizei ein. Nach ein paar Jahren wurde einer meiner Freunde von den Israelis getötet. Die Palästinensische Autonomiebehörde konnte nichts tun. Ich fühlte mich wieder schwach. Ich verließ die Polizei. Ich wollte Widerstand leisten und mich rächen.“

2010 wurde er von einem Bekannten zu einer Konferenz eingeladen, auf der er zum ersten Mal in seinem Leben auf Isra-



Rotem Lewin (l.) und Osama Eliwat. Foto: F.

hen, aber ich kannte keine wirkliche Person.“ Als er zehn Jahre alt war, begann die Zweite Intifada. Er erlebte die Anschläge und war tief verstört: „Wenn im Bus neben mir Arabisch gesprochen wurde, verstand ich nicht, was die Person sagte. Ich war verängstigt. Und ich bin ausgestiegen, weil ich Angst hatte, dass sich jemand in die Luft sprengen könnte.“ Zugleich erlebte er die Verehrung der israelischen Soldaten und wollte einer von ihnen sein, um sein Land zu schützen. Im zweiten Jahr wurde er mit seiner Einheit in der Westbank eingesetzt. In einer Nacht kamen sie in ein Dorf. „Da befahl der Kommandeur mir und einem anderen, Blendgranaten zu nehmen und sie in einen der Höfe der Häuser zu werfen. Und wir taten es einfach.“ Dies und andere Erlebnisse beschäftigten ihn. Einige Jahre später wurde er zu einem Treffen der Organisation „Ferien vom Krieg“ nach Deutschland eingeladen, an dem auch Palästinenser*innen aus der Westbank teilnahmen. „Sie sprachen von einer anderen Realität, von der Naqba. Sie sagten mir, dass zur Gründung des jüdischen Staates 500 ihrer Dörfer zerstört wurden.“ Diese Begegnung änderte sein Leben. Rotem lernte Arabisch, lebte dann einige Zeit in der Westbank und engagierte sich nun in Combatants for Peace.

Osama Eliwat erlebte Israel in seiner Kindheit nur als Soldat*innen, die vor seiner Schule standen. Es war die Zeit der Ersten Intifada. In Jericho gab es immer wieder Zusammenstöße mitten auf der Straße. Nachts führten israelische Soldat*innen Razzien durch. „Sie brachen in unser Haus ein, um meinen Vater mitzunehmen. Ich sah Gewalt. Ich hatte

elis traf, die seine Lebenssituation verstanden und sich für ein Ende des Konflikts einsetzten. „Ich sah Menschen, die mich sahen und meinen Schmerz erkannten. Und mein Leiden.“ Das war für ihn die Wende. Auch er konnte nun die andere Realität sehen und es als entscheidenden Punkt begreifen: „Wenn man mit Menschen in Kontakt treten, sie verstehen, mit ihnen leben und sein Land mit ihnen teilen will, muss man ihr Leid, ihr Trauma und ihre Ängste verstehen und anerkennen.“

Nach dem Abend gab es viele positive Rückmeldungen zur Veranstaltung. Aber es wurde auch die Kritik geäußert, dass „die Veranstaltung antisemitischen Narrativen Vorschub geleistet habe“. Insbesondere stieß auf, dass der Begriff „Apartheid“ fiel. Den Begriff hatte Amnesty International 2022 geprägt, um die Lebensumstände der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland unter der israelischen Besatzung zu beschreiben. Die beiden Referenten und die anderen Mitveranstalter*innen wiesen den Vorwurf deutlich zurück. Dazu am Schluss noch Rotem Lewin: „Wir verwenden dieses Wort, weil wichtige Organisationen dieses Wort gewählt haben, um die Situation zu beschreiben. Ich denke, es ist an der Zeit, mutig zu sein und die Dinge beim Namen zu nennen.“ (Connection e.V.)

Combatants for Peace: <https://cfpeace.org/>

Weitere Beiträge zur Veranstaltung und eine Abschrift sind zu finden über <https://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/combatants-for-peace>



Sofia Orr. Foto: Oren Ziv

mit +972 und Local Call. „Ich verweigere, weil es im Krieg keine Gewinner*innen gibt. Alle Menschen, vom Jordan bis zum Mittelmeer, leiden unter diesem Krieg. Nur Frieden, eine politische Lösung und eine Alternative können zu echter Sicherheit führen.“ Lange vor Kriegsbeginn hatte Orr beschlossen, den Militärdienst zu verweigern. Die Anschläge der Hamas vom 7. Oktober „haben uns wieder einmal gezeigt, dass Gewalt nur zu mehr Gewalt führt und dass wir das Problem friedlich lösen müssen.“

Ungefähr 30 Aktivist*innen, die meisten von ihnen Jugendliche, begleiteten Orr zum Rekrutierungszentrum. Sie setzten sich für ihre Entscheidung ein, den Dienst zu verweigern. Tausende Israelis werden jedes Jahr vom Militärdienst befreit – nur eine Handvoll verweigert aus politischen Gründen. Neben einer Gefängnisstrafe kann eine Verweigerung die Berufsaussichten schmälern und zu sozialer Stigmatisierung führen.

Orr gehörte zu den 230 Israelis, die Anfang September – vor dem Krieg – einen offenen Brief unterzeichneten, in dem sie ankündigten, ihren Einberufungsbefehl

und wozu würde ich beitragen? Mir wurde klar, dass ich an einem jahrzehntelangen Kreislauf der Gewalt teilnehmen und ihn normalisieren würde. Das wollte ich nicht und entschied, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um dem ein Ende zu setzen und Widerstand zu leisten. Indem ich über meine Entscheidung spreche, möchte ich andere Menschen anregen, über ihren Militärdienst nachzudenken und sich zu fragen, ob er etwas Gutes bewirkt. Ich tue dies mit Empathie, Solidarität und Liebe für alle Israelis und Palästinenser*innen, unabhängig von ihrer Nationalität oder Religion – aus der Überzeugung heraus, dass jeder Mensch ein Leben in Sicherheit und Würde verdient.

Wie haben Freund*innen, Familie und Schulkamerad*innen auf Ihre Entscheidung reagiert?

Die meisten Leute halten mich für verrückt und verstehen nicht, wovon ich rede. Sie sagen, ich sei naiv und egoistisch oder gar antisemitisch und eine Verräterin. Sie wünschen mir schreckliche Dinge. Zum Glück passiert das nicht in mei-



Aktivist*innen und Verweiger*innen international



Merve Arkun, Türkei

„Die Türkei ist das einzige Mitgliedsland des Europarates, das das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkennt. Da es keinerlei gesetzliche Regelungen dazu gibt, sind Kriegsdienstverweiger*innen dem Risiko ausgesetzt, zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt zu werden.“

Merve Arkun ist Koordinatorin von Conscientious Objection Watch, der Beobachtungsstelle Kriegsdienstverweigerung. Die Initiative setzt sich für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Merve Arkun ist zudem Vizepräsidentin des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung und Mitglied des Exekutiv-ausschusses der War Resisters' International.



Shi-woo, Südkorea

„In Südkorea müssen Kriegsdienstverweiger*innen in der Justizvollzugsanstalt leben und dort ihren Alternativdienst ableisten. Soweit ich weiß, ist Südkorea das einzige Land, in dem er Alternativdienst ausschließlich in einem Gefängnis abgeleistet werden kann. Es gibt keine Grundlage für solch eine Beschränkung.“

Shi-woo ist Kriegsdienstverweigerer und hat gerade seinen Alternativdienst abgeleistet. Auf der Internationalen Konferenz Kriegsdienstverweigerung in Asien im November 2023 sprach er für das Institute for Gender and Culture, Seoul.



Netiwit Chotiphathaisal, Thailand

„Meine Kriegsdienstverweigerung basiert auf der Überzeugung, dass der Zwang zum Militärdienst gegen meine persönlichen moralischen Überzeugungen verstößt und gegen die Grundsätze der Menschenrechte. Dieser Zwang ist veraltet und untergräbt die Demokratie in Thailand.“

Netiwit Chotiphathaisal ist Autor, Mönch und Thailands erster Kriegsdienstverweigerer. Er stellte sich am 5. April 2024 dem Militär. Da es in Thailand kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt, droht ihm dafür jahrelange Haft.



Helen Kidan, Eritrea, Großbritannien

„In Eritrea ist der Militärdienst unbefristet abzuleisten. Es gibt keine Möglichkeit den Kriegsdienst zu verweigern. Menschen, die den Militärdienst ablehnen oder nicht dienen wollen, haben keine andere Möglichkeit, als das Land zu verlassen.“

Helen Kidan ist Vorsitzende der Eritreischen Bewegung für Demokratie und Menschenrechte (EMDHR). Die Organisation wurde 2003 in Südafrika von eritreischen Universitätsstudent*innen gegründet. EMDHR setzt sich für Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und eine nachhaltige Demokratie in Eritrea ein. Helen Kidan ist seit 1998 aktiv.



Zaira Zafarana, Italien

„Krieg ist eine menschliche Tragödie. Aber es ist möglich, sich dem zu verweigern. Es gibt Alternativen zu tödlicher Gewalt und Zerstörung, um Gerechtigkeit und Frieden zu gewährleisten. Es liegt an uns und in hohem Maße an Politiker*innen, ein System zu unterstützen, das Menschenwürde, Wohlergehen und Menschenrechte Aller überall garantiert.“

Zaira Zafarana arbeitet ab Mai 2024 als Referentin für Internationales für Connection e.V. Sie wird sich bei den Vereinten Nationen in Genf, beim Europarat und der Europäischen Union für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung einsetzen.



Ercan Genç, Türkei, Deutschland

„Als Jugendlicher wusste ich noch nicht, was Kriegsdienstverweigerung ist. Mein einziger Gedanke war, dass die Menschen nicht sterben und in Frieden leben sollten. So verbreitete sich die Idee in meinem Kopf, gegen Waffen und gegen jede andere Art von Gewalt gegen Menschen zu sein. Bei meiner Einberufung 2022 war mir klar, dass ich niemals Teil des Militärs sein könnte.“

Ercan Genç ist Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei. Im Juli 2022 floh er nach Deutschland, um Asyl zu beantragen. Sein Asylverfahren ist noch anhängig.

Berichte und News aus dem Netzwerk

Deutschland

Ev. Kirche unterstützt Verweiger*innen

(5. Dezember 2023) Die 13. Synode der Ev. Kirche in Deutschland erklärt: „Viele Menschen aus Kriegsgebieten oder an Kriegen beteiligten Ländern, denen der Kriegsdienst droht, versuchen, sich diesem zu entziehen. Sie wollen keine Men-

Aktionswochen

Zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, dem 15. Mai, ruft das Netzwerk der #ObjectWarCampaign zur Aktionswoche auf: Europa-weit wird es Aktionen, Mahnwachen, Veranstaltungen und Demonstrationen geben. Gemeinsam fordern wir von den Regierungen weltweit: Stellen Sie die Verfolgung von Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen umgehend ein!

Wir fordern von der EU und der Bundesregierung: Öffnen Sie die Grenzen! Geben Sie Kriegsgegner*innen die Möglichkeit der Einreise in die Europäische Union! Schützen Sie Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen und geben Sie ihnen Asyl!

www.objectwarcampaign.org

schen töten und auch nicht in diesen Kriegen sterben. Zudem gibt es Soldat*innen an der Front, die angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen wollen. Ihnen drohen in vielen Ländern dafür Repressionen und Gefängnisstrafen, in manchen Ländern sogar die Todesstrafe. Vor diesem Hintergrund bittet die Synode den Rat der EKD sich dafür einzusetzen, dass Deutschland Menschen, insbesondere aus Russland, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren, die Möglichkeit der Einreise eröffnet, Deutschland diese Menschen schützt und ihnen Asyl gewährt.“

Friedenspreis

Bremer Friedenspreis für Connection e.V.

(11. März 2024) Die Stiftung *die Schwelle* aus Bremen gibt bekannt: „Aus 36 Nominierungen eindrucksvoller Friedensarbeit in vielen verschiedenen Ländern wurden zwei Preisträger:innen für den diesjährigen Internationalen Bremer Friedenspreis ausgewählt. Die Preisträger*innen sind Maria Biedrawa und die Organisation Connection e.V.“ Die Preisverleihung wird am 31. Mai 2024 in Bremen stattfinden.

Buchveröffentlichung

Krieg oder Frieden

(12. März 2024) Die Psychotherapeutin Gertrude R. Croissier veröffentlicht mit „Krieg oder Frieden“ eine psychologisch-pazifistische Betrachtung am Beispiel des Ukraine-Krieges und widmet dieses „allen Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern (...), die es vorziehen, lieber Fremde zu sein als Schuldige“. Es ist eine Streitschrift, mit der sehr deutlich wird, welche tiefgreifenden Konsequenzen der Krieg in der Ukraine hat, gerade auch für Menschen im Krieg, für die Gesellschaft, über mehrere Generationen hinweg. Lesenswert. 20 €. Bezug über den Buchhandel. ISBN 978-3-943304-73-2.

Europäischer Gerichtshof Urteil gegen Türkei

(12. März 2024) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entscheidet zugunsten eines in Nordzypern lebenden Kriegsdienstverweigerers gegen die Türkei. Dem Antrag 18382/15 wird stattgegeben, weil dem Antragsteller Murat Kanatlı als Reservist keine Möglichkeit offen steht, seine Kriegsdienstverweigerung zu erklären und dies gegen Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt.

Frankreich

Asyl für 19 Deserteur*innen

(22. März 2024) Der Figaro meldet, dass in den ersten Monaten 2024 in Frankreich 19 russischen Deserteur*innen Asyl gewährt wurde. Dies beruht auf einer Entscheidung des Nationalen Gerichtshofes für Asyl vom Juli 2023. Danach soll eine Person, die wegen Desertion verurteilt wird, als Flüchtling anerkannt werden, „wenn die Feindseligkeiten, an denen sie sich geweigert hat teilzunehmen, von der internationalen Gemeinschaft verurteilt worden sind“. Das sei beim Ukraine-Krieg der Fall.

Netzwerk intern

Danke für die Spenden

(25. April 2024) Wir danken für die Unterstützung der #ObjectWarCampaign. Damit können wir die Arbeit mit und für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine weiter voran treiben. Bislang konnten wir etwa 320.000 € für diese Arbeit einwerben. Aufgewendet haben wir bislang über 280.000 €, vor allem zur Unterstützung der Initiativen, die in den am Krieg beteiligten Ländern aktiv sind.

Connection e.V.

Internationale Arbeit zu Kriegsdienstverweigerung und Desertion

Wir setzen uns aktiv für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Wir unterstützen verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen in Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die sich in ihren Ländern gegen Krieg, Militär und Militärdienstpflicht engagieren.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweiger*innen zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Wir bieten ihnen Beratung und Unterstützung an. Zudem fördern wir die Selbstorganisation von Geflüchteten.

Derzeitige Schwerpunktländer unserer Arbeit sind Russland, Belarus, Ukraine, Türkei, Israel, Eritrea, Kolumbien, Südkorea und Thailand.

Connection e.V. wurde mehrfach ausgezeichnet: 1996 mit dem Aachener Friedenspreis, 2001 mit dem Siegmund-Schultze-Förderpreis, 2009 mit dem Martin-Niemöller-Stiftung Förderpreis, 2024 mit dem Internationalen Bremer Friedenspreis.

Spendenaufruf

#ObjectWar Campaign #StandWithObjectors

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Unterstützung von Deserteur*innen und Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Dafür gibt es ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V.:

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77 Sparkasse Offenbach, BIC HELADEF1OFF

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Wir danken PRO ASYL für die finanzielle Förderung des Projekts.

Weitere Infos

Hier veröffentlichte Artikel und weitere Informationen sind zu finden über die Website www.Connection-eV.org. Die #ObjectWarCampaign ist präsent unter www.objectwar-campaign.org.

Impressum

Beilage in der graswurzelrevolution
1. Mai 2024
Fotos: Connection e.V., Zani Arkadina, Oren Ziv, Hendrik Haßel, Seunggho Park, privat
ViSdP: Rudi Friedrich, Connection e.V.
Herausgegeben von Connection e.V.
Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel.: 069 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.facebook.com/Connection.eV
www.Connection-eV.org

